

des Parlaments, doch so viele Kommunisten künftig von der entscheidenden Abstimmung ferngehalten werden.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) richtet an die Reichsregierung folgende Fragen: „Ist es richtig, daß die deutsch-nationale Reichstagsfraktion als Kreis für ihren Umfall den Eintritt einzelner ihrer Mitglieder in das Kabinett verlangt hat und ist es richtig, daß der Deutsch-nationalen Volkspartei, wenn nicht für diesen Augenblick, so doch für einen späteren, noch Wochen zu bezeichnenden Termin eine solche Umbildung der Regierung durch den Eintritt deutsch-nationaler Minister in Aussicht gestellt ist? Ist es weiter richtig, daß die Deutsch-nationale Volkspartei heute morgen noch als Kaufpreis für ihren Umfall gefordert hat den Rücktritt des Reichskanzlers Marx sofort oder in einigen Wochen? Ist es richtig, daß der Vorstand der Zentrumsfaktion dieses Unsinnen als absolut undisputabel abgelehnt hat (Abg. Behrenbach nicht) daß über die Verhandlungen über den Kaufpreis trotzdem Fortgeschritts werden?“ (Abg. Behrenbach schüttelt mit dem Kopf.)

Reichskanzler Dr. Marx erklärt namens der Reichsregierung: Das Reichskabinett hat zu der Frage einer Umbildung der Regierung nicht Stellung genommen. Ein der Aussprache, die darüber zwischen verschiedenen Parteien geflossen sein mag, war die Reichsregierung überhaupt nicht beteiligt. (Große Unruhe und Widerspruch links.)

Damit ist die Einzelberatung über die Bankgesetze geschlossen.

Vizepräsident Dr. Bell schlägt vor, die Sitzung auf 1½ Stunden zu unterbrechen. Inzwischen soll der Abstimmung zustimmen, um über die Geschäftslage zu beraten. — Schluss 1 Uhr.

Kurz vor 1 Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten Wallraf wieder eröffnet. Die Einzelberatung für sämtliche Gesetze ist geschlossen. Es haben nur noch die Abstimmungen stattgefunden.

Die Kommunisten beantragen acht namentliche Abstimmungen, die Sozialisten nur eine namentliche Abstimmung über das Reichsbahngesetz. Es folgen nunmehr die Einzelabstimmungen über die einzelnen Gesetze, denen sich nachher die endgültigen

Schlus abstimmungen,

die zum großen Teil namentlich sind, anschließen. In namentlicher Abstimmung wird zunächst das Bankgesetz gegen Deutsch-nationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschsoziale angenommen. Die Annahme erfolgt mit 259 gegen 172 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

In einfacher Abstimmung angenommen wird das Privatnotenbankgesetz.

Über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbanknoten wird wiederum namentlich abgestimmt. Das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs in Rentenbanknoten wird mit 262 gegen 172 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

In einfacher Abstimmung wird darauf das Münzgesetz angenommen.

Es folgt die namentliche Schlus abstimmung über das Industriebelastungsgesetz.

Das Gesetz wird angenommen. Die Annahme erfolgt mit 260 gegen 176 Stimmen bei einer Enthaltung.

Es folgt die Schlus abstimmung über das Ausbrunngungsgesetz. Dazu liegt eine Entschließung Eßer-Köln (Br.) vor, die auch von den Mittelparteien unterstützt wird und die die Regierung erfordert, mit Rücksicht auf die schwierige Lage der kleineren gewerblichen Unternehmen die freie Grenze nicht unter 20 000 festzusetzen. Das Gesetz wird mit 261 gegen 175 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Zahl der anwesenden Abgeordneten hat sich also inzwischen auf 488 erhöht. Die Abstimmung über die Entschließung wird zurückgestellt.

Die Abstimmung über das Reichsbahngesetz.

Nach allgemeiner großer Spannung wird dann zur Abstimmung über das Reichsbahngesetz geschritten. Hier ist befehllich eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Abstimmung ist auf Antrag der Kommunisten und der Sozialisten namentlich. Zahlreiche Deutschnationale geben weise Ja-Stimmen ab. Die Spannung ist auf höchste gestiegen, als der Präsident um 4.20 Uhr das Ergebnis der Abstimmung verkündet. Der Präsident stellt fest, daß es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, daher bei der Abstimmung zwei Drittel aller Abgeordneten anwesend sein müssen. Er stellt weiter fest, daß die Zahl der Reichstagsmitglieder 460 beträgt, zwei Drittel davon sind 311. Es wurden im ganzen 441 Stimmen abgegeben.

Bei diesen Abgeordneten haben mit Ja gestimmt 314. Als der Präsident dieses Ergebnis bekannt gibt, entsteht bei den Kommunisten ein Höllenstrom. Sie rufen dauernd nach den Deutschnationalen gerichtet: Null! — Von den Teilnahmen erdröhnen laute Beifallslindrungen, auch von den Diplomatenlage. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten drohen mit den Fäusten nach den Teilnahmen.

Nachdem sich der Sturm gelegt hat, stellt der Präsident weiter mit, daß gegen das Gesetz 127 Abgeordnete gekommen sind. Er stellt fest: Das Gesetz hat also die zur Änderung von Verfassungsbestimmungen erforderliche Mehrheit erhalten. (Verbauter Besatz bei der Mehrheit.)

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über das Reichsbahnpersonalgesetz. Dieses wird mit 270 gegen 163 Stimmen angenommen.

Beim Mantelgesetz erfolgt einfache Abstimmung. Das Gesetz wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kommunisten beantragen nunmehr auf Grund der betreffenden Verfassungsbestimmung, daß Inkrafttreten der Gutachtengesetze für zwei Monate auszuschieben und einen Vollsentwurf darüber herbeizuführen. Diesem Verlangen wird stattgegeben, wenn ein Drittel der Mitglieder des Reichstages dafür ist. Für den Antrag stimmen nur die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Der Antrag wird mit 274 gegen 73 Stimmen bei 84 Enthaltungen abgelehnt.

Eine Anzahl Entschließungen, die von den verschiedenen Parteien eingereicht sind, gelangen zur Annahme,

so die auf Revision der Anordnungen der Rheinlandkommission, über die Schuldfrage und über die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien und die Entschließung Dergt, die eine Herabminderung der im Daviesplan vorgesehenen Belastung verlangt. Die deutsch-nationale Entschließung über die Handelsvertragsverhandlungen wird abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über das Misstrauensvotum der Nationalsozialisten.

Das Misstrauensvotum wird mit 251 gegen 94 Stimmen bei 85 Enthaltungen der Deutschnationalen abgelehnt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für die besetzten Gebiete über Fürsorgemaßnahmen zugunsten der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten Verbliebenen. Nach Aussprache werden die Ausschlußvorschläge angenommen.

Es folgt dann die Beratung der Amnestieanträge.

Der Ausschuss hat sämtliche Anträge abgelehnt.

Abg. Dr. Haas (Dem.) lehnt für die deutsche Volkspartei, die bayerische Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten die Amnestieanträge ab. Man könne aus dem Londoner Abkommen nicht herleiten, daß nun wahllos alle Hochverräte und politischen Verbrecher amnestiert werden müßten.

Eingegangen ist ein Antrag der Mittelparteien und der Sozialdemokraten, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, die verfassungsrechtliche Frage der Reichsmarstei bezüglich ihrer Wirkung bei Urteilen der Länder der endgültigen Klärung durch den Staatsgerichtshof zu zuführen.

Noch weiterer Aussprache wird die zweite Lesung beendet. Die Abstimmung soll am Sonnabend stattfinden.

Sonnabend 10 Uhr: Deutsch-spanischer Handelsvertrag; Vollvorlage.

Schluss 10 Uhr abends.

Auch der Reichsrat hat angenommen.

Berlin, 29. August. Unmittelbar nach Schluss der entscheidenden Abstimmung im Reichstag trat eine Vollsitzung des Reichsrates zusammen. Es handelt sich darum, eine verfassungsmäßige Vorschrift zu erlassen nämlich von den Beschlüssen des Reichstages ohne Einverständnis zu nehmen. Das geschah in der Vollsitzung des Reichsrates, die unter Vorsitz des Ministers Dr. Jarres abgehalten wurde.

Unterzeichnung des Londoner Abkommens am Sonnabend.

London, 29. August. Um heutigen Sonnabend sollen im englischen Aufenthalte die Protokolle zum Londoner Abkommen von den diplomatischen Vertretern der deutschen und der alliierten Regierungen unterzeichnet werden. Für die deutsche Regierung wird Botschafter Schamer die Unterzeichnung vollziehen.

Berlin, 29. August. Der deutsche Botschafter in London Dr. Schamer hat heute nachmittag Anweisung erhalten, die Londoner Abmachungen morgen zu unterschreiben.

Kein volksparteiliches Angebot an die Deutschnationalen.

Berlin, 29. August. Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: Die Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ daß die Deutsche Volkspartei der Deutschnationalen Volkspartei vier Ministerposten und den Reichskanzlerposten angeboten habe, ist erfunden. Die Deutsche Volkspartei hat der Deutschnationalen Volkspartei keinerlei Ministerposte oder den Kanzlerposten angeboten. Übernimmt jedoch die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung am Zustandekommen des Londoner Paktes mit, so wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auch auf bedeutende Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen.

Pressestimmen über das Abstimmungsergebnis.

Berlin, 30. August. Die Haltung der Deutschnationalen bei der gestrigen Abstimmung im Reichstag über die Dawesgesetze findet nur in der „Deutschen Zeitung“ schärfste Verurteilung. Das Blatt erklärt: Die deutschnationale Volkspartei ist gespalten. Innerhalb der Partei stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber, stehen solche die an die Verantwortung vor den kommenden Geschlechtern denken, und solche, für die die Nähe der Gegenwart ausschlaggebend sind. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ suchen in längeren Ausführungen die Haltung der deutschnationalen Fraktion zu rechtfertigen. Vor allem begründen sie es, daß die Durchführung der Dawesgesetze unter Beteiligung der Deutschnationalen vor sich gehen werde, und daß die Reichsregierung eine Erklärung gegen die Kriegsschulden abgegeben hat. Die „Wossiske, Zeitung“ schreibt: Ein Aufatmen geht durch das deutsche Volk. Hafenkreis und Sowjetunion haben in Deutschland ausgeweitet. Die Stunde gehört den aufbauenden Arbeitern im Felde der Sozialistät, der Demokratie und des Friedens. Der „Vorwärts“ erklärt, der gestrige Tag habe den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Demagogie und ihrer Anstrengungen zur Verhinderung einer Verständigung der Völker gebracht.

Gegen die Getreidezölle.

Berlin, 28. August. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in einer gestern stattgefundene Sitzung zur Schatzholzfrage eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: In der Absicht, die Getreidezollfrage gerade jetzt zur Entscheidung zu bringen, muß der Versuch erblieben werden, die minderbemittelten Volkskreise vorweg mit einer als Verbrauchssteuer wirkenden Maßnahme zu beladen, bevor die Drage der Besteckung der Kosten, die sich aus der Durchführung des Londoner Paktes ergeben, gefüllt ist. Die Zollvorlage vor dem Reichstag.

Berlin, 29. August. Im Verlaufe der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die zweite Beratung der Zollvorlage zu Ende geführt. Um 10 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr.

Gründung eines Roten Frontkämpferbundes.

In einer kommunistischen Versammlung, die am Sonnabendabend im „Schweizergarten“ in Berlin stattfand, wurde die Gründung des „Roten Frontkämpferbundes“ vollzogen. Wie der Referent ausführte, wird seitens der Linkenradikalen die Zusammenfassung der „Frontkämpfer des Proletariats“ aus dem Grund für notwendig erachtet, weil nach Auffassung dieser Kreise nicht nur die „Schwarzrotroten Frontkämpfer“, sondern auch das Reichsbanner „Schwarzrotgold“ im Dienste der Kapitalistischen (!) Gesellschaft steht. Welcher Art diese kommunistische Neugründung ist, werden vorausichtlich schon die nächsten Wochen lehren.

Vor einem Geständnis der Erzbergermörder?

Wien, 27. August. Aus Budapest wird gemeldet: Nach Ansicht des deutschen Kriminalbeamten ist Heinrich Görler-Schulz am Ende seiner Verbrennung angekündigt und es ist nicht unwahrscheinlich daß er heute oder morgen das Leugnen aufgeben und seine Mitschuld am Erzbergermord eingestehen wird. „Als Ussag“ erfuhr von maßgebender Seite, daß die deutschen Behörden sich keineswegs mit der Inhaftnahme Schulz-Görlers begnügen werden, sondern daß sie darauf bestehen, auch die anderen Mitschuldigen zu verhaften und das Verfahren gegen sie einzuleiten.

427 russische Sozialisten verbannt.

Moskau, 29. August. Wie die „Pravda“ aus Brüssel meldet, wurde dort ein Sonderzug mit 427 Sozialisten abgefertigt die auf Anordnung der Staatssicherheit nach dem Gouvernement Bialka verbannt werden. Die Sozialisten werden beschuldigt, eine Agitation gegen die Sowjets betrieben zu haben. Unter den Verbannten befinden sich zahlreiche Vertreter freier Berufe, Dorfschreiber, Arbeiter und Bauern.

Eine wütende deutschösterreichische Wahlversammlung.

Weuthen, 28. August. Heute abend wurde im großen Schützenhaus eine von der deutschösterreichischen Freiheitlichen einberufene Wahlversammlung abgehalten, die von Linkenradikaler Seite gestartet wurde. Die Auseinandersetzungen arteten schließlich in eine regelrechte Prügelei aus. Stühle, Tischbeine und Stühle sausten auf die Köpfe der Gegner nieder. Revolverschläge fielen. Alles stürzte über Tische und Stühle dem Ausgang zu. Alle Versuche, die Versammlung weiterzutragen zu lassen, scheiterten an dem Widerstand des Saalwächters der das Licht erlöschten ließ. Schußpolizei schreit ein, räumte den Saal und herstellte die auf den Straßen angesammlte Menschenmenge.

Deutschnationale und Kommunisten im Staatsgerichtshof.

Leipzig, 28. August. Der Reichstag hat als Richter zum Staatsgerichtshof gewählt die Abgeordneten Graf von Merveldt (Dnl.) und Löbe (Soz.), als deren Stellvertreter Dr. Schetter (Btr.) und Kög (Kom.). Damit sind zum ersten Male die Deutschnationalen und die Kommunistische Partei (!) im Staatsgerichtshof zum Schutz der Rechtlichkeit vertreten.

Wo bleibt die Gerechtigkeit?

Wegen Beleidigung des Landwirtschaftsministers Wendt wurde der Vorsteher des Landgemeinde-Verbandes Wilm-Memonten zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Strafe fiel so milde aus, in Betracht der nicht glänzenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten, der aber im eigenen Auto zur Verhandlung gekommen war.

Aus Stadt und Land.

Am 30. August.

Sitzung der Stadtverordneten

am 29. August.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Hofmann, Gelegenheit, das Kollegium von dem Ergebnis der Abstimmung im Reichstag, Annahme der Gutachtengesetze, in Kenntnis zu setzen, daran die Hoffnung knüpfend, daß das Londoner Abkommen dazu beitragen möge, uns noch und nach von den Fesseln des Versailler Vertrages freizumachen.

Da die Tagesordnung eintretend, beschäftigte sich das Kollegium zunächst mit einer sich notwendig machenden Erhöhung der städtischen Unterstützung an die Fachschule. Der Referent, Herr Stadtr. Althinger, wies auf die finanzielle Bedeutung der Fachschule hin, jährlich derselben der staatliche Zufluss um 10 Prozent gefürzt worden ist, auf die wirtschaftlichen Vorteile der Schule für die Stadt und beantragte gemäß den Beschlüssen des Finanz- und Personal-Ausschusses und des Rates eine Erhöhung der städtischen Unterstützung von 4000 auf 5000 Mark. Da von dieser Erhöhung die Gewährung einer außerordentlichen Staatshilfe abhängig ist, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Infolge der Finanzgriffnahme des Neubaues des Finanzamtgebäudes an der Lutherstraße haben eine Anzahl kleinerer Leute, die auf dem Grundstück Kärtnerstr. und Gemüse angebaut hatten, diese Feldfläche vorzeitig abtreten müssen. Es erscheint recht und billig, diese Kleinpächter dafür zu entschädigen. Die dafür aufwendende Summe beläuft sich auf insgesamt 312 Mark, welche von dem Kollegium einstimmig bewilligt wurde.

Der Antrag auf Anschluß der am Eichert im Bau befindlichen Wohnhäuser an die städtische Kanalisation und an das Gas- und Wasserwerk macht sich eine Verlängerung der betreffenden Leitungen und der Schleuse notwendig, wofür das Kollegium ein Berechnungsgeld von rund 2000 Mark bewilligte.

Die nächsten drei Punkte der Tagesordnung betrafen wiederum

Wohnungsfragen.

Wie sehr die städtischen Kollegen bestrebt sind, der katastrophenal Wohnungsnöte zu steuern, zeigt der Beschuß des Bauausschusses, aus dem zur Verlängerung stehenden Mitteln der Mietzinssteuer ein weiteres Wohnhaus durch die Stadt zu errichten. Dasselbe soll auf dem zur Biegeler gehörenden Gelände an der Louis-Häfler-Straße erbaut werden und zwar auf der Westseite, anliegend an das Böttcher'sche Wohnhaus. Die Planung ist ähnlich der städtischen Häuser an der Mittel- und Lindenstraße. Vorgesehen sind 8 Wohnungen zu je vier Zimmer, die sehr günstig gehalten werden sollen.